



Datenschutzhinweise für die Verwendung von Polycom durch den Deutschen Bundestag

Diese Datenschutzhinweise informieren Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages, informieren Sie über Ihre Rechte und versetzen Sie in die Lage, über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten, informiert zu entscheiden.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist der Deutsche Bundestag. Den Deutschen Bundestag erreichen Sie unter folgenden Kontaktdaten:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 227-0
E-Mail: mail@bundestag.de

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Deutschen Bundestag erfolgt in Übereinstimmung mit der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Die Behördliche Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter der oben genannten Postadresse, mit dem Zusatz „an die behördliche Datenschutzbeauftragte“, der oben genannten Telefonnummer oder unter datschutz.bdb@bundestag.de

Welche Datenverarbeitungen werden vorgenommen? Was sind persönliche Daten?

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person bereits dann angesehen, wenn sie indirekt; insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, einer Kennnummer, Standortdaten oder eine Online-Kennung; identifiziert werden kann (Artikel 4 Nummer 1 DSGVO).

Verkehrsdaten

Um eine Videokonferenz aufbauen und deren Funktionsfähigkeit sicherstellen zu können, müssen Verkehrsdaten verarbeitet werden.

Datenarten

Dazu können gehören: Ihre E-Mailadresse, falls Sie die Videokonferenz gebucht haben, Beginn und das Ende der Verbindung, die Telefonnummer, wenn Sie sich per Telefon einwählen, und die IP-Adresse.

Bilder und Benutzernamen von Ihnen sowie vom Raum in dem Sie sich aufhalten, Kommunikationsinhalte; bei einer Einwahl per Telefon die Telefonnummer als Ihr Benutzername.

Zweck und Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die Erfüllung der in der Zuständigkeit des Verantwortlichen liegenden Aufgaben (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO i. V. m. § 3 BDSG).

Aufbewahrungsdauer

Sollten Sie die Videokonferenz gebucht haben, wird Ihre E-Mailadresse für den Zeitraum der Videokonferenz gespeichert. Sollten Sie sich per WebRTC (Einwahl über den Browser) einwählen, werden keine Verkehrsdaten von Ihnen erfasst. Sollten Sie sich auf andere Weise (Software auf PC oder Laptop, App auf Smartphone oder Tablet) einwählen, werden Ihre Verkehrsdaten für 30 Tage gespeichert und danach gelöscht.

Die Kommunikationsinhalte werden nicht gespeichert, aufgezeichnet, gestreamt oder verwendet.

Wer erhält Ihre Daten bzw. an wen werden diese übermittelt?

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt grundsätzlich nicht. Der Deutsche Bundestag stellt dem BSI jedoch nach § 5 Absatz 1 Satz 4 BSIG Verkehrsdaten zur Verfügung, diese werden vor der Übermittlung anonymisiert.

Ihre Rechte als betroffene Person

Sie haben gegenüber dem Deutschen Bundestag folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

Recht auf Auskunft, Artikel 15 DSGVO: Mit dem Recht auf Auskunft erhält die betroffene Person eine umfassende Einsicht in die Sie angehenden Daten und einige wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Berichtigung, Artikel 16 DSGVO: Das Recht auf Berichtigung ermöglicht es dem Betroffenen vom Verantwortlichen die unverzügliche Korrektur seiner personenbezogenen Daten zu verlangen. Auch eine Vervollständigung kann unter das Recht auf Berichtigung fallen.

Recht auf Löschung, Artikel 17 DSGVO: Das Recht auf Löschung regelt das sogenannte Recht auf Vergessenwerden. Das Recht beinhaltet die Löschung von personenbezogenen Daten auf Verlangen der betroffenen Person. Der Verantwortliche ist zudem in den von Art. 17 DSGVO genannten Gründen verpflichtet personenbezogene Daten ohne Aufforderung unverzüglich zu löschen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Artikel 18 DSGVO: Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn

angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung trifft vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch den Betroffenen ein.

Recht auf Datenübertragung, Artikel 20 DSGVO: Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, die ihn angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

Recht auf Widerspruch, Art. 21 DSGVO:

Sie haben ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, rechtmäßigen und auf gesetzlicher Grundlage erfolgenden Datenverarbeitungen zu widersprechen (Art. 21 DSGVO). Das Widerspruchsrecht besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihren Interessen überwiegt oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Recht auf Beschwerde, Artikel 77 DSGVO:

Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Behörde ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Graurheindorfer Straße 153

53177 Bonn

Tel.: +49 (0)228/997799-0

E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

www.bfdi.bund.de